

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin: Mittwoch, 20.09.2017
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:45 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal Hohe Kante, Barfüßerstraße 50, Eingang Hofstatt, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Roland Böhm - Marburger Linke

reguläre Mitglieder

Frau Alexandra Klusmann - SPD

Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD

Frau Anna Rembas - SPD

Vertretung für: Frau Bettina Böttcher

Herr Gerald Weidemann - SPD

Vertretung für: Herrn Ulrich Severin

Herr Winfried Kissel - CDU

Herr Stephan Muth - CDU

Frau Runhild Piper - CDU

Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen

Vertretung für: Frau Dr. Christa Perabo

Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen

Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke

Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL

Frau Gabriele Mensing - BfM

beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

Entschuldigte Mitglieder

reguläre Mitglieder

Frau Bettina Böttcher - SPD

-entschuldigt-

Herr Ulrich Severin - SPD

- entschuldigt -

Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen

- entschuldigt -

Magistrat

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies
Herr Bürgermeister Dr. Franz Kahle

Verwaltung

Frau Lambrecht, Frau Siebler, Herr Schmidt (Protokoll)

Seniorenbeirat

Frau Becker

Ausländerbeirat

Frau Donkova-Schalauske

Gäste

Frau Altemüller (Oberhessische Presse), Herr Conrad (Oberhessische Presse), Herr Kling-Böhm (Diakonisches Werk Marburg-Biedenkopf), Herr Modry (BfM)

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.08.2017

Die Niederschrift der vorhergehenden Sitzung wird in der vorliegenden Form und Fassung genehmigt.

zu 3 Marburger Ortsrecht Neufassung der Satzung des Kommunalen Jugendbildungswerkes der Uni- versitätsstadt Marburg Vorlage: VO/5789/2017

Bürgermeister Herr Dr. Kahle erläutert die Vorlage für den Magistrat und Herr Seitz berichtet über die Beratung im Verwaltungsausschuss des Jugendbildungswerkes.

Die Vorlage wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

zu 4 **Anträge der Fraktionen**

zu 4.1 **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen betr. Einigung zur Trennungsrechnung und Weiterentwicklung der mittelhessischen Universitätsmedizin Vorlage: VO/5664/2017**

Herr Seitz erklärt für die Antrag stellende Fraktion, die Vorlage auf die nächste Sitzung zu vertragen.

zu 4.2 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine „Heilung“ von Homosexuellen in Marburg – „Christus-Treff“ muss sich distanzieren Vorlage: VO/5757/2017**

Der Vorsitzende informiert, dass hierzu ein Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und BfM vorliegt, welcher den Anwesenden zunächst verteilt wird. Der Änderungsantrag hat den folgenden Wortlaut:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Durchführung oder Bewerbung von sogenannten „Reparativtherapien“, oder auch „Konversionstherapien“, die als psychotherapeutische oder seelsorgerische Methode zur Umpolung und Umorientierung homosexueller Menschen dienen sollen, ab.
2. Die Stadtverordnetenversammlung macht unmissverständlich klar, dass in Marburg alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können müssen und keiner Diskriminierung ausgesetzt sein dürfen und bekräftigt dementsprechend ihre am 15.05.2009 gefassten Beschlüsse, mit denen sie sich dazu bereits bekannt hat.
3. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, dass alle zivilgesellschaftlichen Gruppen dieses Gebot in ihrem Verantwortungsbereich leben und damit einen Beitrag zu einem von Toleranz und Respekt getragenen Miteinander leisten.

Danach erläutern Frau Kula den Ausgangsantrag der Fraktion Marburger Linke und Herr Weidemann den Änderungsantrag.

Beide Vorlagen werden ausführlich beraten.

Der Vorsitzende lässt nach Schluss der Beratung zuerst über den Änderungsantrag abstimmen: Der mit dem vorstehenden Wortlaut geänderte Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU und BfM gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke bei Enthaltung der Fraktion FDP/MBL mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

Der Vorsitzende lässt danach über den ursprünglichen Ausgangsantrag abstimmen: Dieser wird gegen die Stimmen von Marburger Linke und Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich abgelehnt.

Frau Kula meldet A U S S P R A C H E an.

zu 4.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Gebührenfreiheit in Kitas
Vorlage: VO/5743/2017

Der Vorsitzende erklärt für die Antrag stellende Fraktion die Zurückziehung dieser Vorlage.

zu 4.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Kinderbetreuung in Marburg ab 2018
Vorlage: VO/5786/2017

Der Vorsitzende ruft den TOP 4.4 gemeinsam mit TOP 4.5 zur Beratung auf. Für den TOP 4.4, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Kinderbetreuung in Marburg ab 2018, VO/5786/2017, liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Marburger Linke vor, der zunächst verteilt wird.

Der Änderungsantrag hat folgenden Wortlaut: *(Änderungen in Fettdruck hervorgehoben)*

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. die 2016 voreilig beschlossene Erhöhung der Kinderbetreuungsgebühren inkl. der Betreuungsgebühren an Grundschulen zum 1. Januar 2018 zurückzunehmen und unverzüglich einen entsprechenden Satzungsentwurf vorzulegen;
2. zeitgleich - mit der auf 6 Stunden Betreuung bezogenen Beitragsbefreiung für 3 Kindergartenjahre durch das Land zum 1. August 2018 - in Marburg die generelle Gebührenfreiheit für den Besuch von Krippen, Kindergärten und Tagespflege einzuführen;
3. analog zum gebührenfreien Besuch der Kinderbetreuung auch die Hortbetreuung für Grundschüler der Klassen 1 - 4 beitragsfrei zu stellen;
4. darzustellen, welche Einsparungen sich für den städtischen Haushalt durch die Beitragsbefreiung vom Land (inkl. der Jugendhilfekosten für die befreiten Familien) ergeben und inwiefern sich eine Beteiligung am Landesprogramm Pakt für den Nachmittag auch für die Finanzierung der Grundschulbetreuung positiv auf die städtischen Finanzen auswirken würde;
5. die in Marburg erreichte Qualität der Kinderbetreuung zu erhalten und weiter zu entwickeln - das betrifft sowohl den Personalschlüssel für die Betreuungsgruppen als auch die Qualifizierungsmöglichkeiten **sowie die Bezahlung** für die Erzieher*innen;
6. den weiteren Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen in allen drei Bereichen entsprechend dem steigenden Bedarf vorzunehmen, d.h. einen Ausbau zu realisieren, der der deutlich gewachsenen Anzahl von Kindern in Marburg gerecht wird und die steigende Nachfrage nach Krippen- und Ganztagsplätzen in Kitas aufgrund der Gebührenbefreiung berücksichtigt;
7. **unter Verweis auf die Resolution der 77. Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission vom 30. 6. 2017 „Für eine inklusive Bildung in Deutschland“** (<https://www.unesco.de/infothek/dokumente/resolutionen-duk/resolution-fuer-eine-inklusive-bildung-in-deutschland.html>) beim Bund eine bessere Finanzierung des Ausbaus der kommunalen Kinderbetreuungseinrichtungen und beim Land die Sicherung der Qualität einzufordern - auch wenn begrüßenswerterweise der Bund bereits als ersten Schritt 86 Millionen Euro für den Ausbau und das Land 50 Millionen für Qualitätssteigerung bereit gestellt haben;

8. bei der Landesregierung auf eine dauerhafte allgemeine gesetzliche Regelung der Kostenübernahme für die kommunale Kinderbetreuung hinzuwirken;

9.

angesichts der steigenden Kinderzahlen ein Sofortprogramm aufzulegen, um unverzüglich weitere Krippenplätze und Ganztagesplätze in Kita-Bereich zu schaffen.

Danach erläutern Frau Stahl die Vorlage für die Antrag stellende Fraktion und Herr Böhm für die Marburger Linke den Änderungsantrag.

Herr Seitz erklärt, die vorgeschlagenen Änderungen zu übernehmen und Herr Böhm erklärt für die Fraktion Marburger Linke, dem so geänderten Antrag beizutreten.

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies und Bürgermeister Herr Dr. Kahle sprechen für den Magistrat. Beide Tagesordnungspunkte werden ausführlich im Ausschuss beraten.

Der so geänderte Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke wird mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, CDU und BfM gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linke bei Enthaltung von FDP/MBL abgelehnt.

Frau Klusmann, Herr Seitz und Herr Böhm melden A U S S P R A C H E an.

**zu 4.5 Antrag der Fraktionen SPD, BfM und CDU betr. gebührenfreie Kinderbetreuung für alle
Vorlage: VO/5806/2017**

Der TOP 4.5 wird gemeinsam mit dem vorhergehenden TOP 4.4 zur Beratung aufgerufen.

Herr Weidemann erläutert die Vorlage für die Antrag stellenden Fraktionen. Oberbürgermeister Herr Dr. Spies und Bürgermeister Herr Dr. Kahle sprechen für den Magistrat. Beide Tagesordnungspunkte werden ausführlich im Ausschuss beraten.

Zum Konzept der "Hessischen Beitragsfreistellung im Kindergarten" liegt dem Magistrat ein Schreiben des Hessischen Sozialministers vom 13. Sept. 2017 vor, das diesem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Dieser Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU, BfM und FDP/MBL gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Marburger Linke mehrheitlich zur Annahme empfohlen.

zu 5 Verschiedenes

Herr Dr. Weber erkundigt sich in Bezug auf die Kindertagesstätte "Eisenacher Weg" nach dem Stand der Rückzahlungen sowie nach dem Betreuungsangebot. Bürgermeister Herr Dr. Kahle und Frau Lambrecht, Fachbereichsleitung Kinder, Jugend & Familie, beantworten die Fragen:

Die Rückzahlungen aufgrund von zurückliegenden Streik bedingten Betreuungsausfällen sind soweit vorbereitet, dass ein zeitnaher Abschluss bevorsteht.

Berufliche Veränderungen von Beschäftigten dieser Einrichtung sowie der Krankenstand wirk-

ten sich auf das Betreuungsangebot aus. Auswahlverfahren für Stellenbesetzungen sind jetzt soweit abgeschlossen, dass Neueinstellungen zeitnah erfolgen werden. Der Fachkräftemangel in diesem Bereich war hinderlich für das Nachbesetzungsverfahren. Eine subjektive Wahrnehmung hoher Personalfuktuation lässt sich jedoch nicht objektivieren. Die Einrichtung ist gegenwärtig mit 2,5 außerplanmäßigen Stellen besetzt, um Erfahrungen hinsichtlich Gruppengrößenreduzierungen zu sammeln. Dabei kollidiert das Bestreben nach Gruppengrößenreduzierungen mit den realen Notwendigkeiten, Platzzahlen Nachfrage bedingt auszubauen.

Abschließend verabschieden der Vorsitzende, die Ausschussmitglieder und die weiteren Anwesenden Bürgermeister Herrn Dr. Kahle, der mit Ablauf dieses Monats aus seiner Funktion ausscheidet, und bedanken sich für die konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit über die vielen Jahre. Bürgermeister Herr Dr. Kahle hat das Schlusswort.

Weitere Beratungsthemen liegen nicht vor.

Marburg, 26.09.2017

Roland Böhm
Vorsitzender

Peter Schmidt
Stv. Protokollant